

An den
Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen
Geschäftsstelle Forst
Albrecht-Thaer-Straße 34
48147 Münster

Antrag auf Gewährung und Auszahlung der Einkommensverlustprämie (EVP) 2022

gemäß den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung forstlicher Maßnahmen
im Privatwald – III 3 3 63.07.01.02 vom 27.05.2021

1. Antragsteller(in)

1.1 Name / Bezeichnung ¹⁾	
1.2 Anschrift ¹⁾	Straße: PLZ, Ort:
1.3 Unternehmensnummer	U.-Nr.:
1.4 Vertretungsberechtigte Personen ²⁾	Name, Vorname:
1.5 Auskunft erteilen:	Name, Vorname: Telefon: E-Mail-Adresse:
1.6 Unternehmensgröße nach Definition KMU ^{1) 3)}	<input type="checkbox"/> Kleinst- U. <input type="checkbox"/> kleines U. <input type="checkbox"/> mittleres U. <input type="checkbox"/> großes U.
1.7 Steuernummer	
1.8 Zuständiges Finanzamt	

¹⁾ Pflichtfeld

²⁾ bitte Nachweis, z.B. Vollmacht beifügen

³⁾ siehe Merkblatt KMU:
Kleinst- Unternehmen: < 10 Personen beschäftigt und maximal 2 Mio. EUR Jahresumsatz / Jahresbilanzsumme
kleines Unternehmen: < 50 Personen beschäftigt und maximal 10 Mio. EUR Jahresumsatz / Jahresbilanzsumme
mittleres Unternehmen: < 250 Personen beschäftigt und maximal 50 Mio. EUR Jahresumsatz / maximal 43 Mio. EUR Jahresbilanzsumme
großes Unternehmen: mind. 250 Personen beschäftigt oder mehr als 50 Mio. EUR Jahresumsatz / Jahresbilanzsumme

Ich erkläre, dass ich/wir zu der angekreuzten Gruppe der Zuwendungsempfänger gehöre(n):

- natürliche oder juristische Person des Privatrechts
- Waldgenossenschaft nach dem Gemeinschaftswaldgesetz NRW
- Waldwirtschaftsgenossenschaft nach dem Landesforstgesetz NRW
- Genossenschaft nach dem Genossenschaftsgesetz
- Eigentümergemeinschaft nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch
- Religionsgemeinschaft als Körperschaften des öffentlichen Rechts eigener Art
- privatrechtliche Einrichtungen

2. Antrag

für die in der Anlage 1 (Beiblatt) aufgeführten, erstmalig aufgeforsteten Flächen wird die Einkommensverlustprämie (EVP) 2022 beantragt.

Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir zusätzlich zu diesem EVP-Antrag und dem jährlichen Antrag auf Auszahlung der EVP grundsätzlich bis spätestens 15. Mai des Antragsjahres einen Sammelantrag (Mantelbogen und Flächenverzeichnis) beim Geschäftsführer der örtlich zuständigen Kreisstelle beim *Direktor der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen als Landesbeauftragter* einzureichen habe(n).

Mir/uns ist bekannt, dass ich /wir die jährliche Auszahlung der EVP jedes Jahr bis spätestens 15. Mai des Antragsjahres zu beantragen habe(n).

Ich /wir erkläre(n), dass ich /wir

- Eigentümerin / Eigentümer der in Anlage 1 (Beiblatt) aufgeführten Flächen bin/sind;
- Besitzer (z.B. Pächterin / Pächter) der in Anlage 1 (Beiblatt) aufgeführten Flächen bin/sind.
(Bitte fügen Sie den Besitzüberlassungsvertrag (z.B. Pachtvertrag) und eine schriftliche Einverständniserklärung des Eigentümers/der Eigentümerin bei (soweit dem Landesbetrieb nicht schon mit früherem Antrag vorgelegt).

3. Persönliche Erklärungen / Verpflichtungen

Ich verpflichte mich / Wir verpflichten uns,

- 3.1 die Aufforstung mindestens während der Zweckbindungsfrist (12 Jahre nach Ende des Kalenderjahre der letzten Prämienzahlung) sachgemäß zu unterhalten. Dazu zählt auch, die aufgeforsteten Flächen ordnungsgemäß zu pflegen und das Mischungsverhältnisse der Aufforstung beizubehalten,
- 3.2 auf der geförderten Fläche keine Herbizide und keine lindanhaltigen Forstschutzmittel zu verwenden, sowie bei vorbeugenden Waldschutzmaßnahmen nur die vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) zugelassene Mittel einzusetzen und diese Mittel nach anerkannten Verfahren nur in unbedingt notwendiger Aufwandmenge zu verwenden,
- 3.3 Ihnen oder den von Ihnen ernannten Bewertern, Prüfern oder anderen Stellen, die Aufgaben an ihrer Stelle wahrnehmen, alle erforderlichen Informationen zu übermitteln, die eine Begleitung und eine Bewertung des Programms, insbesondere hinsichtlich der Verwirklichung spezifizierter Ziele und Prioritäten, ermöglichen,

- 3.4 der Bewilligungsbehörde unverzüglich einen Eigentumswechsel der geförderten Fläche anzuzeigen und – soweit zutreffend – der Bewilligungsbehörde die Beendigung meines/unsere Überlassungsvertrages/Pachtvertrages über die geförderten Flächen unverzüglich anzuzeigen.

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- 3.5 ich / wir alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe(n), sie durch geeignete Unterlagen belegt werden können und dass die in diesem Antrag (einschließlich Anlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
- 3.6 mir / uns die obigen Richtlinien bekannt sind,
- 3.7 ich / wir nicht Bund und Land oder eine juristische Personen bin / sind, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25 % in den Händen des Bundes oder eines Bundeslandes befindet (gilt nicht für Genossenschaften nach dem Gemeinschaftswaldgesetz),
- 3.8 ich / wir keine Zuwendung für Vorhaben auf Grundstücken im Eigentum der unter Ziffer 3.7 aufgeführten Eigentümer beantrage(n),
- 3.9 der beantragte oder bewilligte Zuschuss nicht abgetreten wird,
- 3.10 ich / wir davon Kenntnis genommen habe(n), dass bei Abweichungen von allen Angaben dieses Antrags, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, zu Rückforderungen führen kann,
- 3.11 ich / wir alle Angaben in diesem Antrag, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, gewissenhaft und vollständig gemacht habe(n). Ich / wir habe(n) davon Kenntnis genommen, dass diese Angaben zusätzlich zu Ziffer 3.9 subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NRW. 73) sowie § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) sind und versicher(e/n), dass mir / uns die Subventionserheblichkeit von Angaben und Tatsachen sowie die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs bekannt sind,
- 3.12 ich / wir bei einem Verkauf/einer Verpachtung der geförderten Waldflächen innerhalb des Zeitraumes meiner / unserer Unterhaltungsverpflichtung (Zweckbindungsfrist) den Erwerber veranlasse(n), durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Landesbetrieb Wald und Holz die vorstehenden Verpflichtungen zu übernehmen. Ist der Erwerber hierzu nicht bereit, habe(n) ich / wir die Zuwendung mit Zinsen zurückzuzahlen. Der Erstattungsanspruch ist mit 5 v.H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich zu verzinsen,
- 3.13 ich / wir in den letzten drei Steuer- bzw. Kalenderjahren keine weiteren als die in meiner/unsere „De minimis“- Erklärung angegebenen „De minimis“-Beihilfen erhalten habe(n),
- 3.14 ich / wir die beantragte Förderung nicht mit anderen staatlichen Beihilfen, einschließlich Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1407 / 2013 („De minimis“-Beihilfen) kumuliert werde(n),
- 3.15 ich / wir der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Anspruchsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, auf Anforderung vorlegen werde(n),
- 3.16 die aufgeforsteten Flächen nicht als Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahme bei Eingriffen in Natur und Landschaft, als Nebenbestimmung einer Waldumwandelungsgenehmigung oder in einem förmlichen Verwaltungsverfahren mit Konzentrationswirkung festgesetzt sind,
- 3.17 die Flächen mir / uns nicht zum Zwecke des Naturschutzes unentgeltlich übertragen worden sind,
- 3.18 über mein / unser Vermögen kein Vergleichs-, Insolvenz-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist bzw. ich / wir keine eidesstattliche Erklärung nach § 807 ZPO (Vorlage eines Vermögensverzeichnisses) abgegeben habe(n) und die Gesamtfinanzierung des beantragten Vorhabens gesichert ist,

Ich verpflichte mich / wir verpflichten uns auch, bis zum Ablauf der Zweckbindungsfrist ein unmittelbar bevorstehendes Vergleichs-, Insolvenz-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren oder die Beantragung über die Eröffnung eines solchen Verfahrens gegen mich / uns unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitzuteilen,

- 3.19 gegen mich / gegen uns in den letzten fünf Jahren weder eine Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt, noch dass ich rechtskräftig nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt wurde,
- 3.20 eine Förderung nach der geltenden Förderrichtlinie Naturschutz - FöNa - nicht erfolgt,
- 3.21 ich / wir neben dem Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes NRW (VwVfG) auch die VV zu § 44 LHO beachte(n) und ich / wir sie bei der Bewilligungsbehörde oder auf der Internetseite des Landesbetriebes Wald und Holz NRW einsehen werde(n).

Ich erkläre mich / Wir erklären uns damit einverstanden, dass

- 3.22 die Angaben im und zum Antrag an die für die Maßnahmen des Förderprogramms zuständigen Organe des Landes weitergegeben werden können. Die Erhebung vorstehender Angaben beruht auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes NRW (SGV.NRW 2010). Die Kenntnis dieser Angaben dient der Überprüfung der Zuwendungsvoraussetzungen. Eine Berücksichtigung ist nur möglich, wenn die Angaben in diesem Antrag enthalten sind,
- 3.23 die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben im und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Behörden und Prüforgane des Landes NRW insbesondere auch des Landesrechnungshofes kontrolliert werden können, dass ich / wir oder meine / unsere Vertretung dem beauftragten Kontrollpersonal die geförderten Flächen bezeichnen und sie auf diese begleiten, ihnen das Betretungsrecht, das Recht auf die Entnahme von Proben, ein angemessenes Verweilrecht auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Beihilfenvoraussetzungen notwendigen Unterlagen einräumen und die notwendigen Auskünfte erteilen muss / müssen,
- 3.24 meine / unsere Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert und verarbeitet werden können.

4. Erforderliche Anlagen (bitte ankreuzen, wenn dem Antrag bereits beigelegt)

- Anlage 1 zum EVP- Antrag (Beiblatt)
- Kopie des Zuwendungsbescheides für die Erstaufforstung mit Kopie der Anlage zur Beschreibung der Maßnahme
- Auszug aus dem Handels- bzw. Genossenschaftsregister oder Gewerbeschein (bei gewerblichen Antragstellern)
- Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag (bei Genossenschaften, Gesellschaften oder Vereinen etc.)
- Vollmacht bei Vertretung
- „De minimis“ -Erklärung
- Flurkarte bzw. Lageplan
- Einverständnis- / Verpflichtungserklärung des Eigentümers (sofern Antragsteller /in nicht Eigentümer der Maßnahmenfläche ist)
- Pachtvertrag, Vertrag über vorweggenommene Erbfolge oder anderer Überlassungsvertrag (sofern Antragsteller/in nicht Eigentümer der Maßnahmenfläche ist)
- für Große Unternehmen³⁾: Anlage kontrafaktische Fallkonstellation
- Kopie des Flächenverzeichnisses sowie des Mantelbogens

Datum, Ort

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)

Antrag gültig am: _____
(Datum)

(Name, Unterschrift)